

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Willi Brase,
Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/10862 –**

**Förderung des ökologischen Landbaus – Wachstumspotentiale in Deutschland
für deutsche Produzenten erschließen**

A. Problem

Der Umsatz mit Biolebensmitteln in Deutschland ist nach Darstellung der Antragsteller im Jahr 2011 um 9 Prozent gestiegen, während die Fläche mit ökologischem Anbau lediglich um 3,2 Prozent zugenommen hat. Die inländische Produktion ökologischer Rohstoffe bleibt nach Darstellung der Fraktion der SPD weit hinter der steigenden Nachfrage zurück und kann die Wachstumspotentiale nicht ausschöpfen. In Deutschland fehlt nach Ansicht der Fraktion der SPD eine einheitliche und auf Dauer angelegte Strategie zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/10862 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2020 festzulegen, den ökologischen Landbau als „Goldstandard“ für die landwirtschaftliche Produktion festzulegen sowie die Voraussetzungen zu schaffen, dass die ökologische Landwirtschaft durch Bundesprogramme besonders gefördert werden kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10862 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Friedrich Ostendorff
Stellvertretender Vorsitzender

Hans-Georg von der Marwitz
Berichterstatler

Heinz Paula
Berichterstatler

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Alexander Süßmair
Berichterstatler

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Heinz Paula, Dr. Christel Happach-Kasan, Alexander Süßmair und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10862** in seiner 219. Sitzung am 31. Januar 2013 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Deutschland hat in seiner nationalen Nachhaltigkeitsstrategie laut Antragsteller einen Nachhaltigkeitsindikator für ökologische Landwirtschaft festgelegt. 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche sollen in den nächsten Jahren ökologisch bewirtschaftet werden. Vom diesem 20-Prozent-Ziel ist der ökologische Landbau in Deutschland nach Meinung der Fraktion der SPD noch deutlich entfernt. Der Umsatz mit Biobiolebensmitteln in Deutschland ist nach Darstellung der Antragsteller im Jahr 2011 um 9 Prozent gestiegen, während die Fläche mit ökologischem Anbau lediglich um 3,2 Prozent zugenommen hat. Die inländische Produktion ökologischer Rohstoffe bleibt nach Darstellung der Fraktion der SPD weit hinter der steigenden Nachfrage zurück und kann die Wachstumspotenziale nicht ausschöpfen. Besonders die Importe von Produkten, die auch in Deutschland angebaut werden könnten, machen dies nach Ansicht der Antragsteller deutlich. Die Förderung des ökologischen Landbaus wird nach Ansicht der Fraktion der SPD von der Bundesregierung verzögert.

In Deutschland fehlt nach Ansicht der Fraktion der SPD eine einheitliche und auf Dauer angelegte Strategie zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft. Eine Anpassung der Förderung der ökologischen Landwirtschaft an die Bedürfnisse der Produzenten ist nach Darstellung der Antragsteller erforderlich, damit die wachsende Nachfrage befriedigt, nachhaltige und ökologische Produktionsweisen in der Landwirtschaft implementiert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Das politische Leitziel muss laut der Fraktion der SPD sein, dass möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe mit unterschiedlicher Größe, Produktionsausrichtung und Beschäftigungsstruktur auf eine ökologische Produktionsweise umstellen und diese beibehalten können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/10862 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2020 festzulegen;
2. den ökologischen Landbau als „Goldstandard“ für die landwirtschaftliche Produktion festzulegen;

3. die Voraussetzungen zu schaffen, dass die ökologische Landwirtschaft durch Bundesprogramme besonders gefördert werden kann;
4. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) eine Verstärkung und die Attraktivität der Umstellungsprämien von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft sicherzustellen;
5. die Öffnung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren ohne finanzielle Kürzungen rückgängig zu machen;
6. die Forschungsförderung für ökologischen Landbau im Ressortbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu bündeln und dabei insbesondere die Pflanzen- und Tierzucht auf die Besonderheiten der ökologischen Produktionsweise auszurichten;
7. in der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen flächendeckenden Mindestlohn festzulegen sowie ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitssicherheit in der Landwirtschaft zu legen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 118. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10862 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 128. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10862 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 95. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10862 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/10862 in seiner 90. Sitzung am 20. März 2013 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Frak-

tionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, ohne Zweifel sei der ökologische Landbau eine besonders nachhaltige Wirtschaftsform. Dennoch müsse es auch für den Ökolandbau möglich sein, sich selbst am Markt zu behaupten und sich damit von einer dauerhaften staatlichen Subventionierung wegzubewegen. Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen sei von 1994 bis zum Jahr 2010 lediglich von 1,6 Prozent auf 5,9 Prozent gestiegen. Daher sei die Forderung der Antragsteller, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie bereits bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen auf den Ökolandbau umzustellen, unrealistisch. Eine derartig schnelle Umstellung würde nur durch Subventionierungen in erheblichen Größenordnungen funktionieren können. Viele Betriebe seien in den vergangenen Jahren in den ökologischen Landbau aber nicht aufgrund des Marktes, sondern wegen hoher Subventionen eingestiegen. Hierbei seien häufig ertragsschwache Standorte in den ökologischen Landbau übertragen worden. Um auf den Markt erfolgreich auf den Ökolandbau umstellen zu können, bedürfe es auch der Schaffung von entsprechender Verarbeitungs- und Veredelungskapazitäten, an denen es derzeit mangle. Der Antrag werde abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, Deutschland sei vom Ziel, im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie, in den nächsten Jahren 20 Prozent seiner landwirtschaftlichen Fläche ökologisch zu bewirtschaften, noch „meilenweit“ entfernt. Obwohl die Nachfrage nach ökologischen Produkten stetig steige, biete die hiesige Landwirtschaft mangels fehlender Produktion zu wenig heimische Bioprodukte an. Die Förderung des ökologischen Landbaus werde von der Bundesregierung nur zögernd verfolgt. Ihre bisherigen Bemühungen seien nicht ausreichend. Zum Beispiel fehle eine kontinuierliche und ausreichende Beratung und Finanzierung für die Umstellung von Betrieben auf eine ökologische Landwirtschaft. Der Antrag der Fraktion der SPD enthalte ein breites Maßnahmenbündel, um die rasant steigende Nachfrage nach Biolebensmitteln entsprechend mit inländischer Produktion decken zu können. Beispielsweise müsse die ökologische Landwirtschaft durch Bundesprogramme besonders gefördert werden und die Öffnung des Bundesprogramms ökologischer Landbau für andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft wieder zurückgenommen werden. Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie müsse festgelegt werden, dass bis zum Jahr 2020 das Ziel, 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche auf Ökolandbau umstellen, zu verwirklichen sei.

Die **Fraktion der FDP** betonte, der Ökolandbau habe nur dann eine Zukunftsperspektive, wenn seine Produkte einem objektiven Vergleich standhielten. Hinzu käme die Notwendigkeit für realitätsbezogene Produktionsverfahren auch im ökologischen Landbau. Beispielsweise verzeichneten Ökolandbetriebe deutlich geringere Erträge als konventionell wirtschaftende Betriebe. Zudem müsse die ideologische Überfrachtung des Ökolandbaus, dass nur seine eigenen

Methoden nachhaltig seien, beendet werden. Nur wenn dieser Dreiklang glaubhaft vermittelt werden könne, sei der Ökolandbau ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Programme und Ausgleichszahlungen für den Ökolandbau dürften allerdings „kein Fass ohne Boden“ sein, sondern müssten an zielführende Bedingungen geknüpft werden. Die Entwicklung des Ökolandbaus werde von der Bundesregierung unter anderem durch Forschungs- und Beratungsförderungen seit Jahren kontinuierlich gefördert. Die Förderung des Ökolandbaus in Deutschland sei schon jetzt beispielhaft in der Europäischen Union. Deswegen werde der Antrag der Fraktion der SPD als überflüssig betrachtet.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, grundsätzlich gingen die Forderungen der Fraktion der SPD in die richtige Richtung. Es fehlten aber aus ihrer Sicht entscheidende Punkte, weswegen sie sich beim Antrag enthalten werde. Die unter Beteiligung des Thünen-Instituts erstellte aktuelle Studie zu den Gründen des Ausstiegs aus dem Ökolandbau habe anschaulich verdeutlicht, dass es zum einen beim ökologischen Landbau ein Problem mit der staatlichen Förderung, insbesondere hinsichtlich ihrer Verlässlichkeit, gebe. Dieses Handicap werde durch die sich jetzt auf europäische Ebene abzeichnenden neuen finanziellen Rahmenbedingungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2014 und der neuen mittelfristigen Finanzplanung weiter verschärft. Wenn bei der GAP Mittel aus der zweiten Säule gestrichen würden, hätte das konkrete Auswirkungen auch auf die Ökolandbauförderung. Zudem bestünden im Ökolandbau auch strukturelle Herausforderungen. Zum einen bestünden Vermarktungsprobleme und es werde auf die Herstellung bestimmter Produkte gänzlich verzichtet, zum anderen suchten Einzel- und Großhandel intensiv nach heimischen Produzenten von ökologisch hergestellten landwirtschaftlichen Produkten. Es sei dringend erforderlich, von staatlicher Seite aus bei der Förderung und bei der Beratung ökologischer Betriebe sowie bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Verarbeitungs- und Vermarktungswege zu helfen und damit die Situation zu verbessern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, es sei jüngst in der Anhörung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung erneut bestätigt worden, dass der ökologische Landbau geeignet sei, als Indikator für nachhaltige Entwicklung zu dienen. Zudem sei wissenschaftlich belegt worden, dass der ökologische Landbau das Potenzial habe, die Weltbevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen. Die Kritiker des ökologischen Landbaus sollten zur Kenntnis nehmen, dass sich zum Beispiel die bisherigen Agrarforschungsmittel schwerpunktmäßig auf den konventionellen Landbau konzentriert hätten. Aus den Forschungsergebnissen im Zusammenhang mit dem ökologischen Landbau profitiere auch der konventionelle Landbau. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze im Grundsatz den Antrag der Fraktion der SPD. Über die Forderung der Fraktion der SPD hinaus müsse im Rahmen der GAK eine Erhöhung der Umstellungsprämien von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft erfolgen, damit „echte Leistungen“ auch honoriert werden könnten. Zudem müsse im Kontext der GAK auch ein Förderschwerpunkt

„Modernisierung und Aufbau von regionalen Verarbeitungsstrukturen“ eingeführt werden. Der Ökolandbau sei nicht nur alleine aus ökologischen Gründen, sondern auch aus ökonomischen Gründen unterstützenswert, da nachweislich Nachfrage und Angebot in einem ungünstigen Verhältnis stünden.

Berlin, den 20. März 2013

Hans-Georg von der Marwitz
Berichtersteller

Heinz Paula
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstellerin

Alexander Süßmair
Berichtersteller

Cornelia Behm
Berichterstellerin

